

Rede Klaus Rinck in der Ratssitzung vom 17.6.2021 zum TOP Winterrasenplatz

Der Rat der Stadt Rotenburg beschließt heute, ob der Grandplatz in einen Rasenplatz umgewandelt wird. Der Rat und nicht etwa der Verwaltungsausschuss ist auch das richtige Gremium für diese Entscheidung. Gut, dass wir heute öffentlich darüber debattieren, schlimm, dass die Stadtverwaltung die Lage zunächst rechtlich unzutreffend bewertete und sich erst nach einem Einschreiten der Kommunalaufsicht des Landkreises zur Beschlussfassung im Rat bereit fand.

Der Stadtrat hat bis heute in keiner Sitzung darüber abgestimmt, ob für den Bau des Rasenplatzes städtische Gelder eingesetzt werden sollen. Im Rat beschlossen haben wir etwas ganz anderes: nämlich, eine Spende der Rolf-Ludwig-Stiftung anzunehmen. Die Stiftung hatte der Stadt Rotenburg nämlich ein Schreiben vom 26. Februar 2019, unterzeichnet von Rolf Ludwig, geschickt, in dem der letzte Satz lautet: „Die nicht durch Fördermittel gedeckten Kosten übernimmt die Rolf-Ludwig-Stiftung.“ (Siehe dazu die Ihnen vorliegende Kopie)

Schauen Sie sich das Schreiben an: Von einem konkreten Betrag, zum Beispiel von 250.000 Euro, oder gar von einer Deckelung, ist an keiner Stelle die Rede. Das ist wohl das, was man eine vollmundige Ansage nennt. Und aufgrund dieser Zusicherung hat dann der Rat entschieden, die Spende anzunehmen. Die CDU-Fraktion hat dabei ihre schon damals bestehenden erheblichen Bedenken wegen der laufenden Kosten zurückgestellt.

Von ihrer Zusage will die Spenderin aber heute nichts mehr wissen: Rolf Ludwig hat erklärt, er habe 250.000 Euro gespendet, dabei bleibe es auch. Die höheren Kosten seien durch den Zeitverzug entstanden, und den habe die städtische Verwaltung zu verantworten.

Es ist aufschlussreich, wenn wir uns hierzu die Kostenschätzungen der Fa. Mehnert anschauen. Das erste Schreiben stammt vom 12.3.2019. Dort heißt es tatsächlich: „Damit belaufen sich die reinen Umbaukosten bei großzügiger Schätzung auf ca. 250.000 Euro brutto.“

Erst durch Akteneinsicht stieß ich dann auf Unterlagen, über die die Verwaltung die Ratsmitglieder bis heute in Unkenntnis gelassen hat. Es gibt zwei weitere Schreiben der Fa. Mehnert, eines vom 12.7.2019 und eins vom 18.7.2019. Beide wurden nach der Begehung vom 5.6.2019 gefertigt, nach der es anders aussah als noch am 12.3.2019. Fa. Mehnert teilt im Schreiben vom 12.7.2019 (liegt Ihnen in Kopie vor) mit, es seien „Erkenntnisse hinzugekommen“, und aktualisierte die Kostenschätzung auf nunmehr „ca. 330.000 Euro brutto“. Außerdem wird erklärt, dass unter anderem folgende Punkte nicht mit in die Kostenschätzung aufgenommen wurden: „Ein- und Aufbauten, wie z.B. Hülsen und Fundamente für Eckfahnen und Tore, Sicherung der Baustelle während der Baumaßnahmen, Überprüfung und ggf. Nachbesserung der vorhandenen Pumpanlage und des vorhandenen Tiefbrunnens.“ Schließlich werden in diesem Schreiben lediglich 35.000 Euro für Planungskosten angesetzt, was deutlich zu wenig ist (tatsächlich sind es jetzt rund 100.000 Euro, wenn man Leistungsphase 1 bis 9 nach der HOAI vergeben will, und das musste auch schon damals in der Stadtverwaltung auffallen).

Im Schreiben vom 18.7.2019 werden dann Kosten von 435.000 Euro brutto ermittelt, davon allerdings 95.000 Euro brutto für Flutlicht und Zaun, so dass sich hier 340.000 Euro brutto für den Rasenplatz ergeben.

Was heißt das nun? Es bedeutet: Schon im Juli 2019 musste den Verantwortlichen in der Stadtverwaltung klar sein, dass man mit 250.000 Euro nicht auskommen würde - und auch 330.000 Euro nicht der endgültige Preis für den Rasenplatz sein würden, denn die genannten Punkte würden ja auch noch zusätzlich kosten. Das Schreiben belegt: Es ist keineswegs durch Zeitablauf zu einer

Kostenexplosion gekommen, sondern aufgrund der Besichtigung wurde klar, dass sich die erste Kostenschätzung nicht halten ließ und dass es deutlich teurer als 250.000 Euro werden würde.

Welches Handeln hätte man seinerzeit von der Stadtverwaltung, vom Bürgermeister, erwarten dürfen? Man hätte erwarten dürfen, dass der Bürgermeister den Spender sofort in Kenntnis setzt und mit ihm bespricht, ob die Stiftung bereit ist, nicht nur 250.000, sondern 330.000, 340.000 oder - wahrscheinlicher - 400.000 Euro zu spenden. Hätte Rolf Ludwig seinerzeit schon gesagt, dass es bei 250.000 Euro bleibt, dass also seine betragsmäßig unbegrenzte Zusage gar nicht gilt, hätte der Bürgermeister unverzüglich den Stadtrat über die veränderten Umstände informieren und eine erneute Beschlussfassung herbeiführen müssen. Und das, bevor kostspielige Planungsaufträge über mehr als 60.000 Euro vergeben werden. Außerdem hätten die erhöhten Kosten in die Haushaltsentwürfe für 2020 und 2021 aufgenommen werden müssen, damit der Rat sich damit auseinandersetzen kann. Ob und wann Rolf Ludwig Kenntnis von der aktualisierten Kostenschätzung vom 12.7.2019 erhalten hat, ist mir übrigens nicht bekannt.

Als unserer Fraktion dann fast zwei Jahre später bekannt wurde, wie teuer es wirklich wird, haben unsere Abgeordneten - bewusst im nichtöffentlichen Verwaltungsausschuss - darauf gedrungen, dass Gespräche mit der Stiftung darüber geführt werden, ob man zu einer Erhöhung der Spende bereit sei. Außerdem habe ich persönlich mit Rolf Ludwig das Gespräch gesucht, ihm erklärt, dass wir auf den Bau eines Rasenplatzes gar nicht so sehr erpicht sind, dass wir uns aber für den Fall, dass er doch unbedingt gebaut werden soll, schon sehr wundern, dass die damalige betragsmäßig unbegrenzte Zusage jetzt offenbar nicht mehr gelten soll. Wir haben diese Gespräche ganz bewusst nicht in der Öffentlichkeit geführt. Die Öffentlichkeit zu diesem Thema erstmalig hergestellt hat dann Rolf Ludwig am 9.6. im Sportausschuss. Und dementsprechend tun wir das hier und heute auch - auf unsere Weise, sachlich, ohne persönliche Angriffe, an den Fakten orientiert.

Wie sieht die Gesamtkostensituation aktuell aus? Ich habe das bereits in meinem Leserbrief an die Kreiszeitung vorgerechnet: Rund 600.000 Euro würde der Rasenplatz einschließlich Ballfangzaun und Flutlicht kosten, 250.000 Euro sind durch die Spende abgedeckt, weitere 50.000 würde der Landkreis zuschießen, bleiben 300.000 Euro Errichtungskosten, die die Stadt zu tragen hat. Bei einer Kostenbetrachtung solcher Plätze müssen aber auch die Pflegekosten betrachtet werden, und das geschieht üblicherweise über einen Zeitraum von 30 Jahren. So macht es auch die Stadtverwaltung selbst - siehe deren Unterlage „Gegenüberstellung der Baukosten sowie Folgekosten“, die alle Ratsmitglieder bekommen haben. Und aus dieser Unterlage ergeben sich dann auch die Pflegekosten von 30.000 Euro pro Jahr für einen Winterrasenplatz, das ist nicht meine Schätzung, sondern die der Gutachter Hoppe und Pülm (liegt Ihnen vor). 30 Jahre mal 30.000 Euro ergeben 900.000 Euro. Nun mag man noch die jährlichen Pflegekosten für den Grandplatz dagegen rechnen - das sind laut Gutachten 10.000 Euro jährlich oder, auf 30 Jahre gerechnet, 300.000 Euro. Dann bleiben noch überschießende laufende Kosten von 600.000 Euro für den Winterrasen. Am Ende zahlt die Stadt also, verglichen mit dem Ist-Zustand, über die Nutzungsdauer von 30 Jahren aus eigener Tasche **900.000 Euro** mehr für einen weiteren Rasenplatz, den der Hauptnutzer RSV erklärtermaßen nicht braucht. Deshalb werden wir der Beschlussvorlage heute nicht zustimmen - auch auf die Gefahr hin, dass die Stiftung ihre Spende der Stadt dann nicht zum Beispiel für soziale Zwecke lässt, sondern - nach Abzug der bislang aufgelaufenen Planungskosten - zurückverlangt. Wir bitten alle anderen Ratsmitglieder, dem Gebot der Wirtschaftlichkeit zur Durchsetzung zu verhelfen und die Beschlussvorlage ebenfalls abzulehnen.